

Wien, 2013-03-18

Stellungnahme zur Novelle zur Gas- Marktmodell-Verordnung-2012 (GMMO-VO) der Energie-Control Austria

*Stellungnahme der
AGGM Austrian Gas Grid Management AG*

Inhalt

Einleitung	2
Änderungsvorschläge zum Text der Verordnung	3

Einleitung

Die AGGM Austrian Gas Grid Management AG (AGGM) nimmt in diesem Dokument zum Begutachtungsentwurf zur Novelle der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 Stellung. Dabei wird nur auf jene Inhalte und Fragen eingegangen, hinsichtlich derer sich aus der Marktrolle des Verteilergebietsmanagers (VGM) ein Anmerkungsbedarf ergibt.

Änderungsvorschläge zum Text der Verordnung

Standardkapazität

Ergänzungsvorschlag

Zu § 2 Abs 1 Z 6a

„Standardkapazität“ eine maximal frei zuordenbare Kapazität an einem Ein- oder Ausspeisepunkt in das bzw. aus dem Verteilergebiet unter den Bedingungen des Planungsrahmens der Langfristigen Planung. Die Standardkapazität besteht aus einem festen und einem unterbrechbaren Anteil. Die Nutzung des festen Anteils hängt vom aktuellen Absatz im Verteilergebiet ab. Die Nutzung des unterbrechbaren Anteils hängt zusätzlich von den hydraulischen Bedingungen im vorgelagerten Netz ab.

Begründung:

Die Verankerung einer Definition des Kapazitätsprodukts „Standardkapazität“ in der GMMO-VO dient der Erhöhung der Rechtssicherheit. Bisher wird das Kapazitätsprodukt „Standardkapazität“ ausschließlich in den „Allgemeinen Bedingungen des Verteilergebietsmanagers des Marktgebiets Ost für die Vertragsbeziehung zu Bilanzgruppenverantwortlichen im Marktgebiet Ost (AB VGM-Ost) definiert.

Standardkapazität an allen E/E-Punkten im Verteilergebiet

Ergänzungsvorschlag

Zu § 15 Abs 3

Für den Netzzugang an den Ein- und Ausspeisepunkten im Verteilergebiet wird Standardkapazität in der Reihenfolge des Eingangs der Netzzugangsanträge vom Verteilergebietsmanager zugeordnet. Für den Netzzugang an Grenzkopplungspunkten auf Verteilernetzebene gelten die §§ 6, 8, 9, 12 sinngemäß. Der Verteilergebietsmanager ist für das Angebot und die Zuweisung der Ein- und Ausspeisekapazitäten im Verteilergebiet an der Marktgebietsgrenze verantwortlich. Kapazitäten sind über die Online-Plattform zu vermarkten.

Begründung:

Es soll klargestellt werden, dass – im Unterschied zur Fernleitungsebene – im Verteilergebiet das Prinzip „First come first served“ gilt und Standardkapazität als Kapazitätsprodukt angeboten wird.

Online Messung Tagesoptierung

Ergänzungsvorschlag

Zu § 18 Abs. 6 und 7

„(6) Für Netzbenutzer, die mit dem Netzbetreiber eine vertragliche Höchstleistung von mehr als 10.000 kWh/h je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt vereinbart haben, gilt abweichend von Abs. 5 eine Stunde als Bilanzierungsperiode (Messperiode).

*(7) Netzbenutzer die mit dem Netzbetreiber eine vertragliche Höchstleistung von mehr als 10.000 kWh/h und bis zu 50.000 kWh/h je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt vereinbart haben und deren Messwerte dem Verteilernetzbetreiber online zur Verfügung stehen, können für das Tagesbilanzierungsregime gemäß Abs. 5 optieren. **Die Übertragung der Onlinemesswerte erfolgt entsprechend den Allgemeinen Bedingungen des Verteilergebietsmanagers.** Optimierungserklärungen gelten als Netzzugangsanträge gemäß § 13. Eine Änderung der Bilanzierungsperiode ist einmal innerhalb von zwölf Monaten möglich.“*

Zu § 37 Abs. 6 und 7

„(6) Für Netzbenutzer, die mit dem Netzbetreiber eine vertragliche Höchstleistung von mehr als 10.000 kWh/h je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt vereinbart haben, gilt abweichend von Abs. 5 eine Stunde als Bilanzierungsperiode (Messperiode). Der Bilanzkreisübertrag nach § 37 Abs. 3 zur Versorgung von Endverbrauchern mit der Stunde als Bilanzierungsperiode hat stundenscharf entsprechend dem prognostizierten Lastgang zu erfolgen.

*(7) Netzbenutzer die mit dem Netzbetreiber eine vertragliche Höchstleistung von mehr als 10.000 kWh/h und bis zu 50.000 kWh/h je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt vereinbart haben und deren Messwerte dem Verteilernetzbetreiber online zur Verfügung stehen, können für das Tagesbilanzierungsregime gemäß Abs. 5 optieren. **Die Übertragung der Onlinemesswerte erfolgt entsprechend den Allgemeinen Bedingungen des Verteilergebietsmanagers.** Optimierungserklärungen gelten als Netzzugangsanträge gemäß § 13. Eine Änderung der Bilanzierungsperiode ist einmal innerhalb von zwölf Monaten möglich.“*

Begründung:

Die AGGM erachtet die in den §§ 18 Abs. 6 und 7 sowie 37 Abs. 6 und 7 GMMO-VO vorgesehenen Entwurfsvorschläge der Energie-Control Austria als sachgerecht. Für eine sichere und effiziente Netzsteuerung ist es nach Ansicht der AGGM allerdings erforderlich, dass für die Optierung zur Tagesbilanzierung mit verpflichtender Übertragung der Onlinemesswerte eine Grenze von 10.000 kWh/h festgelegt wird. Die Übertragung der Onlinemesswerte soll nach Auffassung der AGGM entsprechend der Allgemeinen Bedingungen des Verteilergebietsmanagers erfolgen.

SLP-Prognose je Versorger:Änderungsvorschläge**Zu § 25 Abs. 8 Z 5**

5. die zumindest monatliche Übermittlung von Messdaten für Verbräuche von Netzbenutzern aggregiert je Versorger, für Anlagen von Erzeugern biogener Gase, Messdaten der Grenzkopplungspunkte im Verteilernetz ~~allokiert pro Bilanzgruppe~~, Gasübergaben aus Speicher und Produktion als Summenwert sowie Messdaten für Gasübergaben zwischen Netzen im Verteilergebiet an den ~~Bilanzgruppenkoordinator und an den Verteilergebietsmanager~~.

Begründung:

Die Verteilernetzbetreiber sind nicht in der Lage Messdaten der Grenzkopplungspunkte im Verteilergebiet allokiert pro Bilanzgruppe zu liefern.

Ausnahme der Differenzmengen am kleinen Grenzverkehr von der Bilanzierung des MGM**Zu § 26 Abs 1**

Die Bilanzierung für alle Gasmengen im Marktgebiet, mit Ausnahme der Differenz zwischen Endverbraucherfahrplänen und dem tatsächlichen Verbrauch von Endverbrauchern, ~~der Differenz zwischen angemeldeten Fahrplänen und Messwerten an den~~ Grenzkopplungspunkten im Verteilernetz, der besonderen Bilanzgruppen für Verteilernetze und Differenzen zwischen per Fahrplan angemeldeten und gemessenen Biogaseinspeisemengen, wird vom Marktgebietsmanager durchgeführt.

Begründung:

Der Marktgebietsmanager muss die Fahrpläne an den Grenzkopplungspunkten im Verteilergebiet berücksichtigen. Die Bilanzierung der Differenz zwischen angemeldeten Fahrplänen und Messwerten an Grenzkopplungspunkten im Verteilernetz ist dem BKO vorbehalten

Bilanzierung an Grenzkopplungspunkten im VerteilernetzErgänzungsvorschlag**Zu § 27 Abs 4**

Die Bilanzierung ~~der Grenzkopplungspunkte im Verteilernetz und~~ der besonderen Bilanzgruppen im Verteilernetz gemäß § 24, sowie die Einspeisungen von Erzeugern biogener Gase erfolgt bezogen auf Tageswerte. Die Bilanzierung für die Ein- oder Ausspeisung an Grenzkopplungspunkten im Verteilernetz erfolgt bezogen auf gemessene Stundenwerte, sofern mit dem

angrenzenden Netzbetreiber kein Operational Balancing Agreement (OBA) vereinbart wurde. Bei vereinbarten OBA gilt für den Bilanzgruppenverantwortlichen, dass bestätigte nominierte Mengen auch den allokierten Mengen entsprechen.

Begründung:

Bei der Bilanzierung von Bilanzgruppen an Grenzübergabepunkten im Verteilergebiet gilt – solange kein OBA abgeschlossen wird – ausschließlich Messwertallokation auf Stundenbasis.

Keine Bepreisung der Linepack-Bewegung in den Netzverlustbilanzgruppen

Ergänzungsvorschlag

Zu § 27 Abs 5

(5) Die Verrechnung erfolgt anhand der in Abs. 2 bis 4 ermittelten Mengen und der gemäß § 32 ermittelten Ausgleichsenergiepreise und ist monatlich binnen drei Arbeitstagen nach Clearingschluss des jeweiligen Abrechnungsmonats durchzuführen. Der Zeitpunkt des Clearingschlusses ist jener, zu welchem die Netzbetreiber spätestens die clearingrelevanten Daten an den Bilanzgruppenkoordinator zu übermitteln haben, dieser wird vom Bilanzgruppenkoordinator veröffentlicht. Bei der Abrechnung ist für die zeitliche Veränderung des Rohrleitungsinhalts der Preis EUR 0,- anzusetzen.

Begründung:

Durch die Regelung werden finanzielle Konsequenzen der Netzsteuerung des Verteilergebietsmanagers für die Verteilernetzbetreiber verhindert.

Weiterleitung des Verzichts auf einen Kapazitätserweiterungsantrag

Ergänzungsvorschlag

Zu Anlage 1 III. Z 1 Abs. 1

Der Verteilnetzbetreiber ist verpflichtet, den Antrag des Kunden **sowie einen Verzicht des Kunden auf einen Antrag** umgehend an den Verteilergebietsmanager weiterzuleiten, sodass dieser den Antrag gemäß den Bestimmungen zur Langfristigen Planung (§ 22 GWG 2011) berücksichtigen kann.

Begründung:

Bisher ist die Weiterleitung des Verzichts auf einen Kapazitätserweiterungsantrag durch den Verteilernetzbetreiber nicht geregelt. Durch den Ergänzungsvorschlag wird diese Regelungslücke geschlossen.